



Kanzlerin Merkel am 8. Dezember in Brüssel

FRANCOIS LENOIR / REUTERS

SCHULDENKRISE

Koalition der Widerwilligen

Der Euro-Gipfel hat Europa tief gespalten: Großbritannien steht abseits, der Rest fühlt sich von den Deutschen und Franzosen gegängelt. Und die Zukunft der Gemeinschaftswährung ist so ungewiss wie zuvor.

Nach einer halben Stunde war alles gelaufen. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Gipfel, der ein historischer werden sollte, noch gar nicht begonnen, ein gutes Ende aber konnte er schon da nicht mehr nehmen.

Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel und der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy hatten sich am vergangenen Donnerstag um 19.30 Uhr mit dem britischen Premier David Cameron getroffen. Sie wollten ausloten, wie weit Großbritannien die deutsch-französischen Rettungspläne für den Euro mittragen würde.

Nicht sehr weit, wie sich schnell zeigen sollte.

Cameron verlangte für den Fall, dass die Europäischen Verträge geändert werden müssten, weitgehende Ausnahmeregelungen für sein Land. Vor allem wollte er, dass der britische Finanzsektor keiner europäischen Aufsicht unterworfen würde. Dann können wir es gleich bleiben lassen, gaben Merkel und Sarkozy dem Engländer zu verstehen.

Und so kam es, dass der Gipfel, der die Wende im Kampf um den Euro einleiten sollte, tatsächlich einen Wendepunkt brachte – einen Wendepunkt in der Geschichte der EU. Mitten in ihrer größten Krise ist die Gemeinschaft gespalten, Großbritannien steht im Abseits, möglicherweise auf Dauer.

Die restlichen Länder wollen der Euro-Gruppe auf dem Weg in eine Fiskalunion folgen, so wie er von Merkel und Sarkozy vorgezeichnet wurde. Es soll eine Stabilitätsunion werden, mit Schuldenbremsen für die nationalen Haushalte und Sanktionen für Haushaltssünder, eine Union, so wie sie Merkel für unabdingbar hält.

Viele folgen den Deutschen allenfalls widerwillig, die Einigung kam nur zustande, weil die Anleger die Anleihen der kränkelnden Euro-Länder meiden und selbst die starken Staaten mit einer Herabstufung durch die Rating-Agenturen rechnen müssen. Andere wiederum, die schon seit langem für eine echte Wirtschaftsregierung eintreten, fragen sich, warum sich die Deutschen so lange geziert haben.

Der Gipfel sollte den Kapitalmärkten beweisen, dass die Euro-Länder bereit sind, ihre Währung entschlossen zu verteidigen (siehe Titel Seite 40). Von einem Endspiel um den Euro war die Rede, von Europas letzter Chance sprach Sarkozy.

Gemessen daran, sind die Ergebnisse eher bescheiden, politisch sind sie höchst

gefährlich: Sie bedeuten das Ende der alten EU.

Den Kern der neuen Union bilden die 17 Regierungen der Euro-Zone, die sich bis auf weiteres sogar einmal im Monat treffen wollen. Darum herum legt sich ein Ring von bis zu neun Staaten, die den Euro langfristig einführen wollen und sich, so es denn ihre nationalen Parlamente erlauben, ebenfalls zu den strengeren Haushaltsregeln der Euro-Zone bekennen. Der Rest ist zur Drittklassigkeit verdammt, angeführt von Großbritannien.

Herausgekommen ist eine Konstruktion, die den Vorstellungen der Franzosen am nächsten kommt. Paris wollte den Kreis der Entscheider immer möglichst klein halten und das Kontrollrecht der europäischen Institutionen einschränken.



Gipfel-Teilnehmer Barroso, Van Rompuy, Sarkozy: „Kriegsähnliche Zustände“

Dadurch sollten Eingriffe in die nationale Souveränität verhindert und der deutsch-französische Motor unentbehrlich gemacht werden.

Großbritannien steht nun weitgehend isoliert da – und muss sich fragen, welchen Platz es in diesem Europa überhaupt noch hat.

Merkel selbst will verhindern, dass Großbritannien und die Euro-Gruppe immer weiter auseinanderdriften. Sie sagte kürzlich im kleinen Kreis, man müsse den Briten das Gefühl geben, sie gehörten weiter zu Europa. Doch die Franzosen sehen das anders. Sie hoffen, dass sie in einer Union ohne Großbritannien mehr Gewicht haben.

Deutschland hat die EU trotz aller Differenzen immer als politischen Partner der USA gesehen. Die Franzosen dagegen wollen Europa als unabhängigen Machtblock in Konkurrenz zu den Amerikanern etablieren. Das ist bislang auch deshalb nicht geglückt, weil die Briten für eine enge transatlantische Bindung der EU gekämpft haben. Diese Auseinandersetzung wird nun neu entbrennen.

Optimisten wie der frühere Außenminister Joschka Fischer glauben, dass sich Großbritannien schon aus Eigeninteresse am Ende der Kerngruppe wieder anschließen wird. Doch in Großbritannien sehen viele in Camerons Veto den Anfang vom

Ende der britischen EU-Mitgliedschaft (siehe Kasten Seite 26).

In der Bundesregierung sieht man das Problem. Merkel glaubt aber, dass es keine Alternative gibt. „Die Frage ist ja nicht, ob wir die Schuldenkrise lieber mit der ganzen EU oder in der Euro-Gruppe lösen“, sagt ein Regierungsmitglied. „Die Frage ist, wie wir Europa überhaupt noch retten können.“ Und den Euro.

Um das Überleben der Einheitwährung zu sichern, will die erweiterte Euro-Gruppe bis März einen gemeinsamen Vertrag aushandeln, der Schuldenbremsen für alle und (fast) automatische Sanktionen für Haushaltssünder vorsieht.

Völlig ungeklärt ist allerdings, ob dieser intergouvernementale Vertrag nicht gegen EU-Recht verstößt. Selbst Elmar Brok, CDU-Abgeordneter im Europa-Parlament und Vertrauter Merkels, warnte die Kanzlerin in einem Brief vor einem Abkommen außerhalb des Lissabon-Vertrags. Dies sei „rechtswidrig“.

Zweifel an der Konstruktion äußerten intern auch die juristischen Dienste von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und dem Ratssekretariat, also der Vertretung der

Mitgliedstaaten in Brüssel. Beim Treffen der sogenannten Sherpas, der vorbereitenden Unterhändler der beteiligten Regierungen, am Vorabend des Gipfels kam es zu einem Wortgefecht zwischen Merkels Europa-Berater Nikolaus Meyer-Landrut und dem Chef des juristischen Dienstes des Rates.

EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy hatte in den vergangenen Wochen die deutsche Regierungschefin bekümmert, ihre Vertragsänderungspläne fallenzulassen oder zumindest zu verschieben. Van Rompuy warb stattdessen dafür, die Haushaltsaufsicht mit Hilfe eines Protokolls des Lissabon-Vertrags zu verschärfen – und dadurch riskante Volksabstimmungen in den Ländern zu vermeiden. Merkel wies den Vorschlag jedoch brüsk zurück, inzwischen ist das Verhältnis der beiden nachhaltig gestört. Rompuy ist menschlich und politisch von Merkel „sehr enttäuscht“.

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso sprach sogar von „kriegsähnlichen Zuständen“. Merkel und Sarkozy würden versuchen, allen ihre Meinungen auszudrücken, obwohl sie selbst sich in kaum einer Frage einig seien. Dass die meisten sich dem deutsch-französischen Duo am Ende beugten, zeigt, wie abhängig die EU von ihren beiden größten Geldgebern ist. Der zypriotische Präsi-

Das Knurren der Kettenhunde

Trotz des Rückzugs in die Isolation droht Großbritannien den EU-Partnern.

Ist das nun das Ende einer jahrzehntelangen Mesalliance? Ist Großbritannien wieder auf bestem Weg zu werden, was es geografisch und im Geiste immer schon war: eine Insel, politisch und kulturell weit entfernt von jenem Europa, das viele Einheimische hier mit leiser Verachtung nur „the continent“ nennen.

In der Nacht zum Freitag hatte sich Premier David Cameron, 45, für die „splendid isolation“ entschieden, war nach Ansicht des ehemaligen Außenministers David Miliband vom europäischen „Supertanker“ in das britische „Ruderboot“ gesprungen. Dass Cameron sein Veto gegen den Plan der meisten EU-Staaten eingelegt hat, die Euro-Schuldenkrise mittels einer Vertragsänderung innerhalb der Union zu lösen, hat in Wahrheit Großbritanniens Schwäche gezeigt. Cameron hat die Partner gezwungen, die Lösung nun außerhalb der Unionsverträge zu suchen, in einer neuen Organisation, bei der die Briten höchstens über den Zaun lugen dürfen.

Und was hat der Premier dabei gewonnen? Nichts. Er hat künftig weniger Einfluss, dafür aber mehr Gegner in Europa. Und er hat viel zerstört.

Die Vorstellung von der Einheit Europas ist nun endgültig dahin. Künftig gibt es den alten EU-Club der 27 – und dazu den Verein der 17 Euro-Länder samt ihren Sympathisanten. Isoliert und paranoid will Großbritannien in Zukunft Heerscharen von Anwälten beschäftigen, die wie Kettenhunde darüber wachen, dass die Institutionen der Brüsseler Union niemals aktiv werden für die Belange der Euro-Länder.

Schon bisher haben die Briten viele Europäer genervt mit ihren ewigen Extrawürsten, Rabattwünschen und Blockaden, für die sie seit ihrem EU-Beitritt 1973 berüchtigt sind. Etwa für ihre einseitige Konzentration auf das möglichst reibungslose Funktionieren des europäischen Binnenmarkts und ihre Sabotage einer gemeinsamen Außenpolitik. Gegen den Entwurf einer

europäischen Verfassung zeigten sie sich genauso allergisch wie gegenüber der europäischen Freizügigkeit.

Für Großbritannien beginnt jetzt eine neue Zeitrechnung. Camerons Veto ist der Anfang vom Ende der britischen EU-Mitgliedschaft. Spätestens in zehn Jahren, so sagt Charles Grant, Direktor des europafreundlichen Think-Tanks „Centre for European Reform“, wird die Insel ihre

nicht: In Wahrheit ist der Brite ein Europaskeptiker der härteren Art. Seine Abneigung gegen die EU wurde bisher nur von seinem Pragmatismus gedämpft und von seiner Koalitionsvereinbarung mit den eher europaphilen Liberaldemokraten, von denen manche nun schäumen vor Wut.

Doch im Parlament trieb ihn die eigene Fraktion vor sich her mit der Forderung, endlich auf Distanz zum Kontinent zu gehen. So vehement, wie die Tories derzeit gegen das Projekt Europa zu Felde ziehen, haben sie das nicht einmal zu Maggie Thatchers Zeiten getan.

Viele Briten sehen die EU als neostalinistische Machtmaschine, die nur danach trachtet, ihrer Demokratie und Wirtschaft den Garaus zu machen. Schrilles EU-Bashing war einst das Hobby politischer Exoten, inzwischen ist es mangels engagierter Fürsprecher so verbreitet wie das Rosenzüchten. Wenn der Hausgeistliche der Londoner Börse, Reverend Peter Mullen, behauptet, dass die EU „der Feind der Zivilisation“ sei, dann sagen viele dazu Amen und sonst nichts.

Vor vier Jahren noch wollte eine klare Mehrheit der Briten in der EU bleiben – jetzt gilt das nicht mehr. 51 Prozent wollen raus. Cameron hat ihnen den Weg gewiesen.

Vielleicht kommt Europa ja besser ohne die Briten aus – sicher ist das allerdings nicht. Trotz allen Ärgers könnten sie schnell vermisst werden, ohne Großbritannien fehlt eine auch außerhalb der EU-Grenzen gewichtige Stimme.

Und gerade die Deutschen werden dem Vereinigten Königreich womöglich noch nachtrauern. Londons Einsatz für den freien Handel, für Rechtsstaatlichkeit und den ordnungsgemäßen Ablauf der Dinge ist so leicht nicht zu ersetzen. Berlin verliert einen Partner, der ein verlässliches Gegengewicht war zum Club jener lockeren europäischen Südstaaten, deren Finanzgebaren den strengen Deutschen schon immer ein Gräuel war.

MARCO EVERS



Premier Cameron in Brüssel: Sprung ins Ruderboot

Bande mit Brüssel endgültig gekappt haben.

Großbritannien wird dann stolz und frei sein wie die Schweiz, eine Schweiz immerhin mit Atomwaffen und einem ständigen Sitz im Welt-sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

In London war die dramatische Nacht von Brüssel nicht wirklich eine Überraschung. Cameron hatte angekündigt, was er tun werde, wenn die anderen Europäer nicht Abstand nähmen von ihrer Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer.

Der Brüsseler Bankenplan hätte die Briten tatsächlich überproportional viel Geld und Marktanteile gekostet. Am Ende konnte Cameron deshalb nicht anders – und wollte wohl auch

ZUMA PRESS / ACTION PRESS

dent Dimitris Christofias brachte das Dilemma auf den Punkt: „Eigentlich müsste man gegen Merkel und Sarkozy eine Revolution anzetteln, aber jeder von uns braucht die beiden für irgendetwas.“

Trotz des deutschen Widerstandes wollen Van Rompuy, Barroso und Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker aber ihre Pläne für gemeinsame Euro-Bonds nicht aufgeben. Bis März 2012, so beschlossen es die Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel, wird das Trio konkrete Vorschläge zu ihrer Umsetzung machen. Der Euro-Bond-Vorstoß sei auch dazu da, die deutsch-französische Entente zu brechen, erklärte ein EU-Diplomat.

Um eine Einigung zu ermöglichen, musste Deutschland noch weitere Zugeständnisse machen. Ein Klagerecht gegen Defizitsünder vor dem Europäischen Gerichtshof, wie von Merkel über Wochen gefordert, wird es nicht geben.

Der Kompromiss von Brüssel wird für die Deutschen zudem teurer als bisher geplant. Wird der Start des permanenten Rettungsschirms auf Mitte 2012 vorgezogen, muss Deutschland seine Bareinlage ein Jahr früher einzahlen. Das bedeutet eine Mehrbelastung von mindestens 4,3 Milliarden Euro für den Haushalt des kommenden Jahres. Zudem musste Berlin sich damit einverstanden erklären, die Deckelung des künftigen Rettungsschirms ESM auf 500 Milliarden Euro „zu überprüfen“.

Und die Euro-Länder wollen dem Internationalen Währungsfonds bis zu 200 Milliarden Kredit für Hilfen an Euro-Länder geben. Das Geld soll von den Notenbanken der EU-Länder kommen, was auf den Widerstand der Bundesbank stößt. Sie sieht darin eine Umgehung der Vorschrift, die der EZB die Staatsfinanzierung untersagt.

Aber wie schnell lassen sich all die Ergebnisse umsetzen? Wie entschlossen sind überhaupt die Regierungschefs, die sich nur ungern Merkel und Sarkozy gebeugt haben, den Worten Taten folgen zu lassen? Und auf wie viel Widerstand stoßen die Pläne, einen Teil der Souveränität an Brüssel abzugeben, in ihren Heimatländern?

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hält den Zeitplan für die geplanten Reformen für „sehr ambitioniert“, meint aber, dass sie am Bundestag nicht scheitern werden. Er hat jedoch Bedenken, ob die geplanten Änderungen mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in Einklang zu bringen sind.

„Der Bundestag wird sorgfältig mögliche verfassungsrechtliche Probleme prüfen, die sich durch direkte Eingriffe der EU-Kommission oder eines europäischen Währungskommissars in die nationalen Haushalte und damit das parlamentarische Budgetrecht ergeben könnten“, so Lammert. „Der Bundestag wird sorg-

fältig darauf achten, dass solche verfassungsrechtlichen Risiken vermieden werden.“

Zunächst aber müssen die Anleger überzeugt werden, dass die beschlossenen Maßnahmen tatsächlich ausreichen, um den Euro zu retten. Der Chef des Rettungsfonds EFSF, der Deutsche Klaus Regling, stieß auf erhebliche Skepsis, als er noch in der Gipfelnacht mit Investoren telefonierte: Sie kündigten an, ihr Engagement in der Euro-Zone zurückzuführen.

Schon im Januar werden die Krisenländer Italien und Spanien wieder in großem Umfang Kapital aufnehmen müssen. Wenn die Käufer die Schuldenpapiere dann immer noch verschmähen, werden sofort wieder die Forderungen laut, jene Instrumente einzusetzen, die Merkel bisher stets abgelehnt hat: Euro-Bonds und ein massives Eingreifen der EZB.

gegen Sicherheiten zur Verfügung stellen. Über die Anforderungen an die Qualität dieser Sicherheiten entscheide sie zudem noch selbst. Folglich sei es für die EZB ein Leichtes, den Rettungsschirmen auch ohne Banklizenz Mittel zur Verfügung zu stellen. Im Zweifel könne die Notenbank auch direkt auf den Märkten für Staatsanleihen auftreten und massenhaft Papiere aufkaufen, um den Euro zu retten.

Ein solches Vorgehen liegt nach Ansicht von Regierungskreisen im eigenen Interesse der Notenbank. Die Geldhüter in Frankfurt würden niemals so weit gehen, ihre Prinzipien und Bedenken über die eigene Zukunft zu stellen, so die Argumentation. Würde der Euro scheitern, weil sie Hilfe verweigerten, würden sie sich selbst überflüssig machen. Deshalb, so die Annahme in Berliner Ministerien, werden die EZB-Granden alles daranset-



Britische Gipfel-Karikatur: London war immer ein wichtiger Mitstreiter Berlins

Die deutsche Kanzlerin weiß nur zu genau, dass Gemeinschaftsanleihen mit der FDP nicht zu machen sind. Ihre Koalition mit den Liberalen wäre dann zu Ende. Sie sei nicht bereit, diesen Schritt zu gehen, erklärte sie kürzlich Vertrauten.

Wesentlich flexibler ist die Kanzlerin beim Thema EZB. Stillschweigend verlassen sich Merkel und ihr Finanzminister Wolfgang Schäuble bei der Euro-Rettung auf die Hilfe der Notenbank. Die würden mit ihren unbegrenzten Mitteln dem Euro zur Hilfe eilen, wenn der Fortbestand der Währungsunion in Gefahr sei, so ihr Kalkül. Eine Banklizenz für den europäischen Rettungsschirm EFSF oder dessen permanenten Nachfolger ESM brauche es dafür nicht.

In ihrer Unabhängigkeit könne die Zentralbank jeder Finanzinstitution Geld

zen, den Fortbestand des Euro – und damit ihre Jobs – zu sichern.

Auch die Beamten von Finanzminister Schäuble gehen in ihrem Basisszenario weiter von einer Währungsunion mit 17 Mitgliedern aus. Ein weiteres Szenario mit geringer Eintrittswahrscheinlichkeit unterstellt den Austritt Griechenlands. Alle anderen Länder würden im Euro-Raum bleiben.

Zur Not, heißt es im Finanzministerium, hätten die beiden Rettungsfonds noch Hunderte Milliarden an Euro im Angebot, mit denen selbst Italien noch für ein paar Monate über Wasser gehalten werden könnte. Und wenn die nicht reichen sollten, trete eben die EZB in Aktion.

ARMIN MAHLER, PETER MÜLLER,
RALF NEUKIRCH, CHRISTIAN REIERMANN,
CHRISTOPH SCHULT